

Präsidenten der ostdeutschen Wirtschaftsverbände treffen Bundesinnenminister

# Wettbewerbsfähigkeit der neuen Bundesländer im Fokus

Berlin/Magdeburg (ts). Die Präsidenten der Spitzenverbände der Wirtschaft in den neuen Bundesländern haben sich in Berlin mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) getroffen. Zentrales Thema des Gesprächs war die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Ostdeutschland, teilte gestern der Dachverband der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA) in Magdeburg mit. Im Mittelpunkt des Gedankenaustauschs hätten Initiativen und Anstrengungen auf dem Weg zu diesem Ziel gestanden.

Einigkeit habe in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland bestanden, erklärte gestern AWSA-Präsident Klemens Gutmann. So sei die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern in den vergangenen Jahren spürbar zurückgegangen. Das Wachstum sei in diesem Zeitraum sogar höher als im Westen gewesen. Dennoch existiere weiter eine

Lücke, merkte Gutmann an. So liege das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im Vergleich zu den alten Bundesländern bei hierzulande nur 71 Prozent. „Dieser Herausforderung müssen wir uns gemeinsam stellen“, forderte der AWSA-Präsident. Aus seiner Sicht sind drei zentrale Punkte vorrangig zu lösen: die Fachkräftesicherung der Unternehmen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, Forschung und Entwicklung zur Stärkung der industriellen Basis sowie Veränderungen der zukünftigen Förderkulisse und deren Auswirkungen auf den Aufholprozess der neuen Länder.

„Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit muss weiter vorangetrieben werden“, betonte Gutmann. Eine wichtige Rolle würden dabei die finanziellen Rahmenbedingungen spielen. „Darum haben wir vereinbart, uns gemeinsam für eine EU-Strukturfondsförderung einzusetzen, welche die neuen Länder auf dem Weg zu

einer selbsttragenden Entwicklung weiter unterstützt“, nannte Gutmann ein konkretes Ergebnis. Dies sei im Interesse aller, denn so würde der Bedarf an finanziellen Hilfen sinken.

Nach Angaben des AWSA haben die Präsidenten der Spitzenverbände und der Minister zudem die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vereinbart. Diese solle sich baldmöglichst mit der konkreten Ausgestaltung der „Zukunftsinitiative Fachkräftesicherung“, dem Projekt „Schule-Wirtschaft“ in den neuen Ländern sowie der Stärkung der industriellen Basis durch Forschung und Entwicklung befassen.

Zudem habe de Maizière vor dem Hintergrund der stark rückläufigen Bewerberzahlen für Ausbildungsplätze zugesichert, Erleichterungen zu prüfen, damit verstärkt qualifizierte Jugendliche aus Mittel- und Osteuropa für die ostdeutschen Länder gewonnen werden könnten.